

Erscheint wöchentlich Freitags.  
Zu beziehen nur durch die Post  
zum Preise von 1,20 Mk., fürs  
Ausland 1,50 Mk. vierteljährlich.

# Sattler

Inserate kosten 30 Pfennig pro  
3 gepaltene Zeilen.  
Bei Wiederholungen entsprechen-  
der Rabatt.

# und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten  
Lederverwarendindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 38 .: 31. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Bräuden-  
straße 106 .: Telephon: Amt Moritzplatz, 2120

Berlin, den 21. September 1917

Für die Woche vom 23. bis 29. September  
1917 ist der 39. Wochenbeitrag fällig. Nur  
wer dem Verbands gegenüber durch pünktliche  
Beitragsleistung seine Pflicht erfüllt, sichert  
sich im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unter-  
stützung aus Verbandsmitteln.

**Inhalt.** Beitragsleistung. — Kampf und Friede. —  
Zwei bedeutsame Fragen. — Erfreuliche Mitgliederzunahme  
der freien Gewerkschaften. — Die Entwicklung zur Demo-  
kratie. — Häute und Gerbstoffe und die deutschen Kolonien. —  
Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1916. — Rund-  
schau. — Bekanntmachung des Zentralvorstandes. — Adressen-  
änderungen. — Briefkasten der Redaktion. — Sterbefall. —  
Anzeigen.

## Kampf und Friede.

Unsere Zeit steht im Zeichen des Kampfes.  
Kampf auf weiten Strecken Landes, Kampf auf den  
Fluten der See, Kampf auch in den Ländern des  
Erdballs um das tägliche Brot, das so knapp und  
immer knapper wird.

Auch zur Friedenszeit gab es eine Periode, in  
der man vom Kampf sprach. Es war die Zeit, in  
der die Wissenschaft den „Kampf ums Dasein“ auf  
das Schilb erhoben und man in allen Leben der  
Natur diesen Kampf suchte und in der man diesen  
Kampf machte zum leitenden Prinzip der Welt.

Aber der Zeit dieses Kampfes folgte eine neue  
Zeit. Man erkannte, daß neben dem Kampfe in  
hohem Maße das Wesen der gegenseitigen Hilfe die  
Natur beherrscht und man stellte fest, daß die Hilfe  
um so mehr zu- und der Kampf um so mehr ab-  
nimmt, je größeren Umfang das Gemeinschaftsleben  
gewonnen hat. Nicht Kampf, sondern Friede herrscht  
in den Neffenenschaften der Vögel, Friede in den  
Dörfern der Nagetiere und in den Herden der  
Grasfresser, während der Kampf vor allem herrscht  
bei den einzeln lebenden oder wenig gefelligen  
Tieren. So kämpfen die Ratten in unseren Kellern  
miteinander, so kämpfen die Walrosse um einen  
sonnigen Uferplatz.

Je mehr das Zusammenleben zunimmt, je  
größer es wird und je inniger, um so stärker wächst  
auch die Idee des Friedens. Je mehr der Organi-  
sationsgedanke die Länder und die Welt beherrscht,  
um so mehr behauptet der Friedensgedanke als lei-  
tendes Prinzip seinen Platz in der Welt, und  
wahren Menschenfrieden bringt darum erst die  
Welt, die wir erkämpfen, da sie die Welt der größten  
Organisation ist.

## Zwei bedeutsame Fragen

bewegen zurzeit unser inneres Verbandsleben,  
und zwar die

**Kündigung des Reichsttarifs  
für die Lederausrüstungs-Industrie**

und die  
**Urabstimmung betreffend die Erhöhung des  
Verbandsbeitrages.**

Diese beiden Fragen haben die Mitglieder  
endgültig zu beantworten, von ihrer Entschei-  
dung wird es abhängen, wie die Lohn- und Ar-  
beitsbedingungen in der Lederausrüstungs-  
industrie gestaltet und wie der Verband in seiner  
Leistungsfähigkeit den Mitgliedern gegenüber  
finanziell gefestigt werden soll.

Soweit die einzelnen Mitgliedschaften zu  
der ersten Frage bereits Stellung genommen  
haben, fiel sie zugunsten der Tarifkündigung  
aus. Der Grund dafür ist ebenso erklärlich wie  
selbstverständlich. Ist doch der Reichsttarif zu  
einer Zeit geschaffen worden, in der jeder Teil-  
nehmer mit einer baldigen Beendigung des  
Krieges und mit dem Eintritt normaler Ver-  
hältnisse gerechnet hat. Die Kaufkraft des Real-  
lohnes war noch nicht so gesunken, wie nach Ab-  
lauf der drei Kriegsjahre und, was wahrschein-  
lich ist, noch über den Krieg hinaus anhalten  
wird. Dieser Umstand konnte damals nicht die  
genügende Berücksichtigung finden. Die Zeit-  
löhne wie die im Stücklohntarif festgesetzten  
Stücklöhne wurden analog der gewesenen Ver-  
hältnisse geregelt. Im Laufe der Kriegszeit  
zeigten sich die auf Grund der Tariflöhne er-  
zielten Verdienste immer unzulänglicher, so daß  
das Zentraltarifamt sich genötigt sah, sie in  
Form von Teuerungszulagen zu erhöhen. Bei  
später eingeführten Lederausüstungsstück-  
tarife wurde auf die Teuerung der gesamten Lebens-  
haltung einigermaßen Rücksicht genommen. Da-  
durch entstand eine immer größere Spannung  
zwischen den Löhnen, die im Stücklohntarif,  
und denen, die in den Nachträgen aufgeführt  
sind, was zu vielen Unzuträglichkeiten Anlaß  
gab. Ein weiterer Uebelstand ist, daß sich nur  
sehr wenige im Stücklohntarif mit seinen 13  
Nachträgen zurechtfinden. Eine übersichtliche  
Anordnung mit gleichzeitiger Angabe des zu  
zahlenden Kriegszuschlages wäre ebenfalls am  
Platze, ebenso eine Aenderung des Schlichtungs-  
verfahrens. Es hat sich gezeigt, daß an manchen  
Orten eine Schlichtungskommission nicht zu-  
sammenzubringen ist. Entweder wären zu  
wenig Betriebe am Orte oder die Arbeitgeber  
lehnten einen Beistand ab. Hier müßten  
Gau- oder Bezirkschlichtungskommissionen ein-  
gesetzt werden. Diese wenigen Ausführungen  
allein sind Grund genug, durch die Kündigung  
des Tarifs den dafür bestimmten Instanzen Ge-  
legenheit zu geben, die Erneuerung des Reichs-  
tarifs zu beraten und zeitgemäße Beschlüsse zu  
fassen. Ob bei den Tarifberatungen grund-  
legende Aenderungen vorgenommen oder ob die  
Löhne für eine längere Zeitdauer festgelegt  
werden sollen, hängt mehr von äußeren Ein-  
wirkungen als von dem Willen der Par-  
teien ab. Dessenungeachtet wird es doch nötig  
sein, daß die Kollegen es nicht nur bei der  
Tariffkündigung belassen, sondern ihren Wün-  
schen in bezug auf die Gestaltung der Lohn- und  
Arbeitsbedingungen Ausdruck geben, sie schrift-  
lich aufzeichnen und durch ihre Ortsverwaltung  
der Zentralbranchenleitung zeitig genug über-  
mitteln.

Obgleich die Tarifbewegung und die Bei-  
tragserhöhung in keinem inneren Zusammen-  
hang stehen, erscheint es wegen des zeitlichen  
Zusammenfallens angebracht, in einem Zuge  
auch der Urabstimmung einige Worte zu  
schenken.

Gehören zur Tarifierneuerung immer zwei  
Parteien, so ist die Entscheidung über die Bei-  
tragserhöhung eine Angelegenheit, die einzig  
und allein unsere Mitglieder berührt. Von  
ihnen allein wird es abhängen, den Verband  
finanziell so auszugestalten, daß er allen be-  
rechtigten Anforderungen auch genügen kann.  
In ihrer Bekanntmachung haben Ausschuß und  
Vorstand bereits darauf hingewiesen, daß die  
Ausgaben für Erwerbslosenunterstützung steigen  
werden, daß wir eine offene Hand den heim-  
kehrenden Kriegern gegenüber haben müssen  
und daß zur erfolgreichen Durchführung wirt-  
schaftlicher Kämpfe größere Geldmittel bereit-  
gestellt werden müssen. Da die anderen Gewer-  
schaften in gleichem, einzelne vielleicht noch in  
höherem Maße angespannt werden, kann an  
eine finanzielle Beihilfe von dieser Seite nicht  
gedacht werden. Jeder Verband ist auf sich selbst  
gestellt. Aus dieser Gewißheit heraus wurde  
auch schon in verschiedenen Verbänden eine Bei-  
tragserhöhung vorgenommen und, was die  
Hauptsache ist, die Mitglieder zahlen diese Er-  
höhung gern. Auch in unserem Verbands hat  
sich die Opferfreudigkeit während des Krieges  
bewiesen. Wir erinnern nur an die Abführung  
eines prozentualen Teiles des Verdienstes, an  
die Monatsbeiträge bis zum 30. Juni 1916 und  
an die Extrabeiträge für die Lokalkassen. Die  
aus diesen Sammlungen hervorgegangenen  
Gelder sind zur Unterstützung der Krieger-  
familien nicht nur reiflos verbraucht, sondern  
erforderten noch erhebliche Zuschüsse aus der  
Hauptkasse. Was mit der Beitragserhöhung ge-  
plant ist, ist aber etwas anderes. Sie soll mit  
ihrem ganzen Ergebnis der Hauptkasse zugeführt  
werden, um so für alle Fälle gerüstet zu sein.  
Ob das nötig ist, darüber bestehen nirgends  
Meinungsverschiedenheiten. Ebenso wenig da-  
rüber, ob unsere Mitglieder die Mehrleistung  
tragen können. Abgesehen davon, daß auch der  
für den Verbandsbeitrag bestimmte Teil des  
Verdienstes im Kurswert gesunken ist, kann doch  
gesagt werden, daß das Einkommen unserer Mit-  
glieder eine Erhöhung um rund 50 Proz. er-  
fahren hat. Gewiß reicht das nicht annähernd  
an die Verteuerung der Lebenshaltung heran,  
aber wenn bei einem Lohne von 30 Mk. unsere  
Mitglieder 55 Pf. Beitrag für gerecht hielten,  
werden sie 70 Pf. nicht für zu hoch halten, wenn  
sie jetzt 45 Mk. verdienen, und seien wir offen,  
der größte Teil unserer männlichen Mitglieder  
verdient mehr wie 45 Mk. die Woche, die An-  
forderungen der Beitragserhöhung stehen also  
nicht im gleichen Verhältnis zu den gesteigerten  
Verdiensten. Was wir von den männlichen Mit-  
gliedern sagten, trifft in erhöhtem Maße auch  
auf die weiblichen zu. Also leisten können  
unsere Mitglieder schon den erhöhten Beitrag,  
und darum sind wir auch nicht über das Resultat  
der Urabstimmung besorgt. Erhebend wäre es  
allerdings, wenn alle Mitglieder die ihnen zu-  
gestellten Fragezettel mit „Ja“ beantworteten,  
wäre das doch das beste Zeugnis, daß Solidari-

tät und Opferfreudigkeit bei allen Mitgliedern des Sattler- und Portefeullerverbandes den besten Klang haben und in Taten umgesetzt würden, wenn es gilt, allezeit kampfbereit und hilfsbereit zu sein.

## Erfreuliche Mitgliederzunahme der freien Gewerkschaften.

Aus der von der Generalkommission der Gewerkschaften bekanntgegebenen Zusammenstellung über den Stand der ihr angeschlossenen Verbände ist zu ersehen, daß die Zunahme an Mitgliedern auch im 2. Vierteljahr angehalten hat. Trotz weiterer Einziehung männlicher Mitglieder zum Wehrdienst — am 30. Juni 1917 standen 1 360 081 Mitglieder unter den Fahnen —, ist deren Zahl auf 825 262, also um 45 082, die der weiblichen um 35 894 auf 261 999 gestiegen. Somit sind am 30. Juni 1917 40 928 Arbeiterinnen mehr gewerkschaftlich organisiert als wie bei Ausbruch des Krieges.

Im Unterstufen aller Art haben die Gewerkschaften vom 3. August 1914 bis 30. Juni 1917 insgesamt 63 123 898 Mk. verausgabt, davon 24 703 512 Mk. an Arbeitslohn, 23 360 824 Mk. an Familien der zum Heere eingezogenen Mitglieder.

## Die Entwicklung zur Demokratie.

### I.

Der Zug zur Demokratisierung unseres politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens macht sich schon seit Jahrzehnten in der modernen Kulturwelt bemerkbar. Die Massen des Volkes sind aus ihrem Schlummer erwacht und sich ihres Wertes und ihrer Bedeutung bewußt geworden. Infolge der gesteigerten Leistungsfähigkeit der menschlichen Arbeitskraft hat sich die materielle Lage der Unterschichten gehoben und ihr Gesichtskreis erweitert. Dadurch ist ihr Kraftgefühl gewachsen, und es hat sich ein proletarisches Selbstbewußtsein entwickelt, wie es die Welt niemals gekannt hat. Das Proletariat der Gegenwart will nicht mehr die Rolle des Hosenbröckels spielen und stumm im Winkel hocken, im Gegenteil, es drängt sich überall in den Vordergrund und will mitreden und mitbestimmen in allen öffentlichen Angelegenheiten. Zunächst fordert es das Mitbestimmungsrecht im Staate, in der Gemeinde und in den Betrieben und weiter darüber hinaus erhebt es den Anspruch darauf, die Leitung seiner Geschichte selbst in die Hand zu nehmen. Das Volk ist eben mündig geworden und hat es satt, sich wie ein kleines Kind bevormunden und am Gängelbände führen zu lassen.

Diese Strömung zur Demokratie hat durch den Weltkrieg neue Nahrung bekommen und selbst in solchen Kreisen, die früher den demokratischen Bestrebungen feindlich oder mindestens ablehnend gegenüberstanden, werden Stimmen laut, die eine stärkere Demokratisierung unseres öffentlichen Lebens für eine unabwiesbare Notwendigkeit halten. Der junge österreichische Kaiser hat in seiner Thronrede diese Notwendigkeit unumwunden anerkannt, der Deutsche Kaiser hat schon verschiedentlich dem demokratischen Gedanken Zugehörigkeit gemacht; der Reichskanzler hat sich zu wiederholten Malen in ähnlichem Sinne geäußert und in zahllosen Artikeln und Reden während des Krieges hohen Staatsmänner und Gelehrte Umformungen im Sinne der Demokratie gefordert. Ausschlaggebend hierfür war die Tatsache, daß das deutsche Volk zu Beginn und im Verlaufe des Weltkrieges seine Reife bewiesen, daß es den Regierungen, Behörden und Unternehmern durch die Tat gezeigt hat, welche sittliche Höhe und welche hohe Stufe der Leistungsfähigkeit es unter dem Einflusse der proletarischen Organisations- und Erziehungsarbeit erklommen hat. Vielleicht hat auch der Umstand hierzu beigetragen, daß die Westmächte Frankreich und England sich ihrer demokratischen Einrichtungen rühmten und auf die in mancher Beziehung noch vorhandene Rückständigkeit Deutschlands mit Verachtung hinwiesen. Man braucht nicht alle demokratischen Redensarten unserer Feinde für bare Münze zu nehmen und man braucht vor der dortigen Scheindemokratie die Augen nicht zu verschließen, und man muß doch einräumen, daß uns in Deutschland noch manches an einer wahren Demokratie fehlt. Das preussische und mecklenburgische Wahlrecht, die zahlreichen Fälle behördlicher Verordnungen und polizeilicher Schikaniererei, und noch manche andere rückständige Dinge zeigen uns deutlich den Weg, den wir einschlagen haben, um zur Demokratie zu gelangen. Endlich hat auch noch die siegreiche russische Revolution den Machthabern einen Fingerzeig gegeben, wie sie es nicht machen dürfen, wenn sie ihre Stellung behaupten wollen. Alles in allem genommen kann man wohl behaupten, daß die heute herrschende Stimmung in den Oberstufen der Demokratie so gün-

stig wie möglich ist. Natürlich muß sich die Demokratisierung auf alle Gebiete unseres menschlichen Zusammenlebens erstrecken.

Am augenfälligsten tritt die Notwendigkeit demokratischer Reformen auf politischem Gebiete zutage. Wenn auch bei uns rein theoretisch der Grundsatz gilt, daß alle Staatsbürger vor dem Gesetze gleich sind und daß unser gesamtes Staatswesen auf dem Grundsatz der Gleichberechtigung aufgebaut ist, so zeigt uns doch der Augenschein tagtäglich, daß dies eine Selbsttäuschung ist, die allen Tatsachen zum Trotz von manchen Seiten krampfhaft aufrecht erhalten wird. In Wirklichkeit ist die große Masse des Volkes noch in mancher Beziehung rechtlos oder hat wenigstens nicht den Einfluß im politischen Leben, der ihm seinen Leistungen und seiner Bedeutung nach zukommt. Selbst unser Reichstagswahlrecht, das doch als eine demokratische Einrichtung allerersten Ranges gilt, läßt noch viel zu wünschen übrig, weil die Wahlkreise zu ungleich, und weil die Frauen vom Wahlrecht ausgeschlossen sind. Wie es sich mit dem preussischen Wahlrecht verhält, und wie weit wir in manchen deutschen Bundesstaaten und in den meisten Gemeinden in bezug auf das Wahlrecht noch von einer Demokratie entfernt sind, ist jactam bekannt. Auch in der staatlichen und gemeindlichen Verwaltung merkt man nichts von einer Demokratie, und daß unsere Behörden alles andere eher sind, als demokratische Einrichtungen, weiß jedes Kind. Auch auf sozialem Gebiete muß der demokratische Gedanke zum Durchbruch kommen. Was nützt es uns, wenn in der Theorie gepredigt wird, daß der Mann im Arbeitsfittel und die Frau in der Arbeitsbluse, die ihre Pflicht und Schuldigkeit tun, ebenso geehrt werden müssen, wie die vornehmen Leute, wenn man in der Praxis nichts davon merkt. Es klingt ja sehr schön, von der Gleichwertigkeit aller Menschen zu reden und auch den ärmsten Proletarier Bruder zu nennen, wenn man in der Wirklichkeit des Lebens den Arbeiter, die Arbeiterfrau und die Arbeiterkinder von oben herunter behandelt und vor den „besseren“ Leuten kapenbuckelt. Es fehlt noch sehr viel daran, daß neben der politischen Gleichberechtigung auch die soziale Gleichwertigkeit durchgeführt wird. Drittens macht sich eine Demokratisierung unseres Wirtschaftslebens dringend notwendig. In dem Verhältnis zwischen Kapitalist und Arbeiter herrscht noch das rein autokratische Verhältnis, denn ersterer gebärdet sich als der absolute Herrscher, während letzterer einfach zu gehorchen hat. Wohl hört man auch auf diesem Gebiete die schöne Redensart von der Gleichberechtigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die sich, wie die schöne, liberal-kapitalistische Formel hieß, als zwei freie verlässliche Personen gegenüberbetreten und einen Arbeitsvertrag abschließen, in dem das Recht jedes einzelnen gewahrt wird, aber die rauhe Wirklichkeit weiß nichts von dieser Gleichberechtigung.

Da darf es uns denn wahrlich nicht wunder nehmen, daß das selbstbewußte Proletariat Ernst machen will mit der Verwirklichung der Demokratie auf politischem, sozialem und wirtschaftlichem Gebiete. Die Berechtigung dieses Strebens kann wohl kaum bestritten werden und es findet auch die Billigung aller einsichtigen, rechtlich denkenden Volksgenossen. Wenn dennoch so viele Hindernisse auftauchen, die einen Erfolg ungemein erschweren, so liegt das an dem zähen, erbitterten Widerstande kleiner, aber einflußreicher Gruppen, die von einer Demokratisierung nichts wissen wollen und all ihren Einfluß aufbieten, um diese Forderung zum Scheitern zu bringen.

### II.

Der Widerstand gegen eine Demokratisierung unseres Staats-, Volks- und Wirtschaftslebens tritt im Verlaufe des Krieges bei uns in Deutschland immer deutlicher zutage. Die politischen Reaktionen ärauen sich mit Händen und Füßen dagegen, daß den Unterschichten größere Rechte im Staate, in der Gemeinde und in den Verwaltungskörpern eingeräumt werden. Sie behaupten, der proletarische Einfluß sei schon heute viel zu groß und müsse eher eingedämmt als ausgedehnt werden. Diese Leute sehen noch immer in dem Arbeiter einen Menschen minderen Rechts, der im Zügel gehalten werden müsse und zu schweigen habe, wenn die Bevorrechtigten beraten und bestimmen. Nicht minder auch wenden sich die sozialen Reaktionen gegen die gesellschaftliche Demokratie. Beherrscht von ihren Standesvorurteilen und von einem geradezu vorurteillichen Kastengeist bilden sie auf die gewöhnlichen Leute, das gemeine „Volk“, mit hochmütiger Verachtung herab und behandeln sie als Menschen zweiter Klasse. Der Weltkrieg, in dem das Volk seine Gleichwertigkeit durch die Tat bewiesen hat, ist an diesen eingebildeten Binnseln, die stolz sind auf Herkunft, Name, Titel oder Geldbeutel, spurlos vorübergegangen. Vielleicht noch größer ist der Widerstand gegen die wirtschaftliche Demokratie und die auf eine Demokratisierung

des Arbeitsverhältnisses abzielenden Bestrebungen. Die Geldproben wollen nach wie vor Herren im Hause bleiben, sie machen ihren Arbeitern jegliches Mitbestimmungsrecht in den Betrieben streitig und noch heute, trotz aller Lehren des Weltkrieges, vertreten sie den Grundsatz, den vor Jahren einer ihrer Wortführer in die Formel zusammenfaßte: „Wir sind nicht die Kameraden unserer Arbeiter, sondern ihre Herren — und das wollen wir auch bleiben.“ Man braucht nur die Arbeitgeberzeitungen zu lesen, um mit erschreckender Deutlichkeit zu erkennen, daß dieser Herrenstandpunkt auch nicht das geringste an Schärfe verloren hat. Nichts gelernt und nichts vergessen, das ist die bezeichnendste Charaktereigenschaft dieser reaktionären Elemente.

Wenn wir nach den Ursachen spähen, aus denen diese antidemokratische Gefinnung entspringt, so stoßen wir zunächst auf den konservativen Hang, der in so manchen Menschen steckt. Dieses Kleben am Alten, diese Vorliebe für das Althergebrachte macht sie blind für die Vorzüge des Neuen und zwingt sie gewissermaßen mit unwillkürlicher Macht, sich gegen eine freiheitliche Entwicklung anzustemmen. Sie wollen auf keines ihrer Vorrechte und keinen ihrer Vorteile verzichten, sie wollen das Best nicht aus den Händen geben, sondern halten krampfhaft an ihrem Ererbten oder Erworbenen Rechte fest. In ihrem Hirn hat sich nämlich der Gedanke eingemistet, daß der Herrgott sie zum Herrschen und die große Masse zum Dienenden vorherbestimmt habe, und daß sie allein imstande seien, in allen Dingen die Leitung und Führung auszuüben. Es hat sich in ihnen ein Größenwahnsinn entwickelt, der sie zu der Einbildung verleitet, daß alles drüber und drunter gehen werde, wenn sie das alleinige Bestimmungsrecht verlieren. Diese Furcht vor der Neugestaltung unserer Lebensgemeinschaft, die das stärkste Hindernis eines jeden Fortschritts ist, veranlaßt diese kurzfristigen Fanatiker, sich an ihr Prinzip zu klammern und dem Rad der Zeit in die Speichen zu greifen, selbst wenn darüber auch die ganze Gesellschaft zugrunde gehen und der Staat völlig zusammenbrechen sollte.

Neben dieser allgemeinen Ursache, die sich aus der menschlichen Veranlagung erklärt, finden wir einen weiteren Grund für den Widerstand gegen eine Demokratisierung in der Unkenntnis dessen, was Demokratie bedeutet und welche Begriffe mit diesem Worte verbunden werden. Wenn man den Ausdruck Demokratie wörtlich überseht, so bezeichnet er die Herrschaft des Volkes. Daraus ziehen denn die Reaktionen den falschen Schluss, daß das Volk, das heißt, die Arbeiterklasse die Alleinherrschaft an sich reißen und alle anderen Volksschichten mit Gewalt unterdrücken wolle. Im Staate und in der Gemeinde werde eine Pöbelherrschaft aufkommen, vor der Besitz und Bildung, politische Erfahrung und gereiftes Urteil keine Gnade mehr finden und nur das große Maul eine Rolle spielen werde. Hier verwechseln sie offenbar Demokratie und Demagogie. In Wirklichkeit erstreben die vernünftigen Demokraten lediglich für die Unterschichten das Recht, zu Beratung und Beschlussfassung mit herangezogen und in den Verwaltungskörpern zur Mitarbeit zugelassen zu werden. Sie gehen dabei von der Auffassung aus, daß in den Reihen der Proletarier genug tüchtige Leute vorhanden sind, die die nötigen Fähigkeiten und Erfahrungen besitzen. Gerade die Kriegszeit hat gelehrt, daß die Teilnahme von Arbeitern und Arbeiterinnen an der Verwaltung gute Erfolge gebracht hat. Das Proletariat empfindet das noch immer geltende undemokratische Regiment als eine Zurückweisung und Mißachtung und verlangt weiter nichts als die Gleichberechtigung, aber die wirkliche, volle Gleichberechtigung. Ebenso empört es sich gegen seine gesellschaftliche Achtung und Mißachtung, weil es darin eine Beleidigung und eine Verletzung seiner Menschenwürde erblickt. Das demokratische Prinzip fordert, daß jeder Mensch, der seine Pflicht tut und sich nichts zuzuhnden kommen läßt, als Ehrenmann betrachtet und behandelt wird, unbekümmert darum, welcher Gesellschaftsschicht er angehört und welcher er entstammt. Nicht das soll die Ehre eines Menschen ausmachen, was seine Vorfahren gewesen sind und geleistet haben, sondern nur das soll gelten, was er selbst wert ist. Herkunft und Geld sollen nicht der Maßstab für die Bewertung eines Menschen bilden, nur allein seine eigene Tüchtigkeit soll den Ausschlag geben — dieser Grundsatz ist bislang von allen wahrhaft großen Männern vertreten worden. Ganz besonders schlimme Mißverständnisse herrschen über die wirtschaftliche Demokratie. Ihre Gegner sind der Meinung, daß die Verwirklichung des demokratischen Gedankens in dem Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine zügellose Anarchie zur Folge haben werde. Der Unternehmer solle nichts mehr zu sagen haben in seinem Betriebe, von einer Leitung durch den Arbeitgeber und einer Disziplin der Arbeiter könne keine Rede mehr sein, es werde alles drüber und drunter gehen, was einen Zusammenbruch unseres gesamten Wirt-

schäftslebens herbeiführen müsse. Das beruht auf Unkenntnis oder es ist bewußte Uebertreibung. In Wirklichkeit verlangen die Arbeitnehmer nichts weiter, als daß die Alleinherrschaft des Unternehmers ebenso gut durch ein Mitbestimmungsrecht ersetzt wird, wie dies auf politischem Gebiete der Fall ist. Sie wollen mitzupreden und mitzubestimmen haben über die Verwendung ihrer Arbeitskraft, weil davon ihr Wohl und Wehe abhängt. Das ist alles, was sie verlangen, und daß diese Forderung zu verwirklichen ist, hat das Hilfsdienstgesetz gezeigt.

Mag darum der Widerstand gegen die Demokratie in manchen Kreisen noch so groß sein, er muß gebrochen werden. Auch die, die mit allen Fasern ihres Herzens und mit jeder Faser ihres Hirns an der alten Ordnung der Dinge hängen, müssen sich mit dem Gedanken vertraut machen, daß die Demokratisierung unserer Staatss- und Wirtschaftslebens eine unvermeidliche, unabwendbare Notwendigkeit ist.

### Häute und Gerbstoffe und die deutschen Kolonien.

Gesamteinfuhr in Deutschland 1913:

Häute für 382 Millionen Mark, Gerbstoffe für 39 Millionen Mark.

Die hauptsächlichsten Rohmaterialien, deren die Lederindustrie bedarf, sind rohe Häute und Felle und pflanzliche Gerbstoffe. Unsere einheimische Produktion kann in beiden Fällen den Bedarf nicht decken und ist in hohem Maße auf die ausländische Einfuhr angewiesen.

Die Häuteinfuhr ist infolge der glänzenden Entwicklung unserer Lederindustrie gewaltig gewachsen. Im Jahre 1893 hatte der Einfuhrüberschuß nur 58 1/2 Millionen Mark betragen; er war aber bis 1913 auf über 382 Millionen Mark gestiegen. Die Lederindustrie beschäftigt schon 1907 in fast 50 000 Betrieben 207 000 Personen. Im Jahre 1893 konnte die deutsche Landwirtschaft den Bedarf noch zu zwei Dritteln decken, 1913 aber lieferte sie nur noch ein Drittel der erforderlichen Häute.

Die deutsche Gesamteinfuhr wertete 1913 nahezu 504 Millionen Mark; für 121 1/2 Millionen Mark Häute kamen aber zur Wiederausfuhr, so daß für knapp 382 1/2 Millionen Mark im Lande blieben. Wir bezogen für nicht weniger als 321,7 Millionen Mark Rindschäute, wovon für 81,4 Millionen Mark wieder zur Ausfuhr gelangten. Unsere Hauptlieferanten waren Argentinien, Britisch-Indien, Brasilien, Oesterreich-Ungarn, Rußland.

Unsere Kolonien hatten noch 1913 eine recht reichhaltige Ausfuhr, die ihrem großen Viehstand in keiner Weise entsprach; Häute und Felle sind vor allen anderen ein Produkt, das keine weiten Trägertransporte betragen kann und an die Eisenbahn gebunden ist.

Deutsch-Ostafrika hat einen Viehstand von 4 Millionen Stück Rindvieh und 6 1/2 Millionen Stück Kleinvieh. Vom Großvieh sind zwei Drittel weibliche Tiere. Es müßte danach ein leichtes sein, jährlich 600 000 Stück Rindschäute und zwei Millionen Stück Schaf- und Ziegenfelle aus der Kolonie herauszubringen. Rindschäute wiegen trocken im Durchschnitt 12 Kilogramm, Schaf- und Ziegenfelle (kleinere mitgerechnet) 1—1 1/2 Kilogramm. Die Kolonie müßte 7,2 Millionen Kilogramm Rindschäute und 2,5 Millionen Kilogramm Kleinviehshäute ausführen können, nahezu 10 Millionen Kilogramm oder 10 000 Tonnen. Die Ausfuhr des Jahres 1913 betrug aber nur 3456 Tonnen im Werte von 5 490 000 Mk.

Kamerun hatte trotz guten Viehstandes eine kaum nennenswerte Häuteausfuhr. Deutsch-Südwestafrika mit seinen 206 000 Stück Rindvieh, 473 000 Fleisch- und 54 000 Wollschafen und 500 000 Ziegen konnte 1913 345 Tonnen Häute im Werte von 521 000 Mk. zur Ausfuhr bringen. Dementsprechend hätte Kamerun mit 1 1/2—2 Millionen Haupt-Großvieh und mehreren Millionen Stück Kleinvieh das Fünf- bis Sechsfache, also 1700 bis 2000 Tonnen Häute, verschiffen müssen. Der Export war aber kaum erwähnenswert. Die Kameruner Viehbestände stehen im Graslande im Norden, und es führt keine Bahn hinauf. Daher die fehlende Ausfuhr.

Die großen Steppen- und Grasgebiete Afrikas, besonders im wasserreichen Sudan und dem nördlich und östlich vom großen Urwalde gelegenen zentralen Teil dieses Kontinents, sind ganz hervorragend für die Viehzucht geeignet, und überall in diesem großen Stück von Afrika sitzen mächtige viehzüchtende Stämme. In Nordnigeria und Nordkamerun sind die Fulbe zu erwähnen, die zu Anfang des 19. Jahrhunderts ein großes Reich begründeten und heute noch nach Millionen zählende Herden Großvieh ihr eigen nennen; am Logone und Schari sind die Laka und Bagirmi-Leute hervorragende Viehzüchter. Im Wahr el Ghazal besitzen die Dinka und Schilluk gewaltige Herden; in Ostafrika haben die Massai,

Watauru und Watuffi wohlbegründeten Ruf als Viehhalter erster Ordnung. Die mächtigen Gebiete Mittelafrikas, die heute vielleicht 15 Millionen Stück Großvieh tragen, besitzen alle Vorbedingungen, das Vier- und Fünfsache dieser Zahl zu ernähren; es war keine Uebertreibung, wenn der bekannte Kolonialpolitiker Karl Dove im „Tag“ sagte, daß Mittelafrika Rindvieherden wie Indien tragen könne. In Britisch-Indien aber wurden 1911/12 nicht weniger als 11 1/2 Millionen Stück Großvieh gezählt. Auch deutscher Kolonialbesitz könnte in nicht zu ferner Zeit mächtige Herden ernähren und uns für hundert Millionen Mark und mehr Häute schicken.

Zu den Rohstoffen für die Lederindustrie gehören auch die verschiedenen gerbstoffhaltigen Rinden, Hölzer, Früchte und Extrakte daraus. Wie sehr wir in Gerbstoffen vom Auslande abhängig geworden sind, zeigen die Bemühungen während des Krieges, die Eisenhölzer wieder zu heben, Fichten- und Kastanienholzausgang in größerem Umfange bereitzustellen. Das läßt sich während des Krieges machen; im Frieden aber wird man doch wieder zu Gerbstoffen aus dem Auslande greifen, weil sie sich billiger stellen.

Wir hatten 1913 die folgende Einfuhr:

	Tonnen	Mark
Eichenholzrinde . . . . .	32 050	2 804 000
Nadelholzrinde . . . . .	27 390	1 780 000
Eichen-, Fichten-, Kastanienholzausgang . . . . .	35 717	7 920 000
Walatto-, Mimosa-, Mangroven- und andere Gerbrinden . . . . .	43 336	6 717 000
Quebrachholz in Blöcken . . . . .	112 284	9 636 000
Gerbstoffe (Katechu, Kino, Eumach, Valonea, Myrobalane) . . . . .	43 969	11 295 000
Quebrachholzausgang . . . . .	17 278	5 202 000
Auszüge von Galläpfeln, Eumach usw. . . . .	2 130	653 000

Zusammen: Einfuhr 314 154 46 027 000

Abzüglich der Wiederausfuhr blieben für 39 Millionen Gerbstoffe im Lande.

Zu dieser Einfuhr konnten unsere Kolonien erst sehr wenig stellen; Deutsch-Ostafrika führte 1913 1684 Tonnen Gerbrinde für 118 000 Mk. aus. Das war alles. Die ostafrikanische Ausfuhr bestand so gut wie ausschließlich aus Mangrovenrinde, die zwar sehr gute gerbende Eigenschaften besitzt, das Leder aber ausgeprochen rot färbt; erst vor wenigen Jahren ist es der deutschen Industrie gelungen, diesen Mangel zu beheben.

Man war deshalb frühzeitig darauf bedacht, die Gewinnung anderer Gerbmateriale in unseren Kolonien vorzubereiten, und in den neunjährigen Jahren des vorigen Jahrhunderts hat das kolonialwirtschaftliche Komitee Expeditionen nach West- und Ostafrika und der Südpole entsandt, die sich mit der Feststellung der Gerbstoffe liefernden Pflanzen befaßt haben. Wenn sich bisher auch noch kein für die Ausfuhr geeignetes wildes Gerbmittel außer der Mangrovenrinde hat finden lassen, so ist doch nicht von der Hand zu weisen, daß die noch wenig erscherten Wälder auch noch manchen wertvollen Gerbstoff enthalten werden.

Nurßerdem hat man sich auch bemüht, die Kultur gerbstoffhaltiger Materialien in Deutschland einzuführen. Die gut eingeschlagenen Versuche mit Evidui haben bisher noch nicht zu größeren Kulturen geführt, dagegen fand die Kultur der in Natal mit Erfolg im großen angebaute australische Gerberakazie, wenn auch in beschränktem Umfange, Aufnahme; die Ausbeutung solcher Pflanzungen wurde aber sehr durch die hohen Frachttarife gehindert. Wir hatten noch immer nicht gelernt, großzügig zu arbeiten.

Indien liefert die Myrobalane; wir bezogen 1913 davon 11 700 Tonnen für 1 756 000 Mk. Größere Kosten gehen nach Triest und Odessa. Die Myrobalane wächst in den indischen Zentralprovinzen Jubalpure und Nagpore, 800 bis 1000 Kilometer vom Verschiffungshafen Bombay entfernt, außerdem in der Gegend von Kalapore, Rajapore, Vingorla, 300 bis 400 Kilometer von Bombay. Auf diese großen Entfernungen wird das Produkt in alten Säden mit der Bahn nach Bombay geschafft, dort in Ochsenkarren zum Händler. Vom Händler übernimmt es der Exporteur, der die Ware nach seinen Lageräumen schaffen und dort in zwei bis vier Qualitäten sortieren läßt. Da das Produkt in Hamburg nur etwa 15 Mk. für den Doppelzentner wertet, müssen die Frachten natürlich sehr niedrig sein. Bei der Mangelhaftigkeit der klimatischen Bedingungen ist es so gut wie sicher, daß Anpflanzungen von Myrobalane in Deutsch-Ostafrika in Forstkultur gute Ergebnisse zeitigen werden.

### Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1916.

Die örtlichen Gewerkschaftskartelle haben ganz besonders unter der ungünstigen Einwirkung des langandauernden Kriegszustandes zu leiden. Diese Tatsache kommt in der Statistik über den Bestand und

die Tätigkeit der Kartelle der freien Gewerkschaften im Jahre 1916, die von der Generalkommission in Nr. 35 des „Correspondenzblattes“ veröffentlicht wird, noch schärfer als im Vorjahr zum Ausdruck. Von 641 in dem Verzeichnis eingetragenen Kartellen sind nur 469, 55 weniger als 1915, an der Statistik beteiligt. Das Verlangen von Kartellen an der Statistik ist jedoch nicht gleichbedeutend mit deren Auflösung oder der Unterlassung jeder Tätigkeit. Vielfach konnte die Ausfertigung der Fragebogen bei dem ewigen Wandel und Wechsel der Funktionäre und dem Fehlen genügender Unterlagen nicht erfolgen. In vielen Fällen ruht zwar die Tätigkeit der Kartelle, während der Zusammenschluß der Gewerkschaften fortbesteht. Aus allen diesen Gründen läßt sich zurzeit die Zahl der Kartelle nicht genau feststellen. Da es sich bei dem Ausfall der Kartelle hauptsächlich um kleinere handelt, so wird der Wert der Statistik, soweit der Kreis der erfahrenen Mitglieder in Frage kommt, nicht in dem Maße beeinträchtigt, als es bei der geringeren Beteiligung der Kartelle an der Statistik erscheinen könnte.

Den 469 berichtenden Kartellen waren 1916 5846 Gewerkschaften angeschlossen, die zusammen 837 492 Mitglieder zählten. Die gleichen Kartelle hatten am 1. Juli 1914, also kurz vor Kriegsausbruch, 2 090 637 Mitglieder. Von dem Mitgliederbestand des Jahres 1916 kommen 4189 Mitglieder auf den Süddeutschen Eisenbahnerverband, der mit 13 Zweigvereinen den berichtenden Kartellen angeschlossen ist. 833 303 Mitglieder gehören den freien Gewerkschaften an. Nach der Gewerkschaftsstatistik betrug die Mitgliederzahl der Zentralverbände am Ende des Jahres 1916: 944 575. Von diesem Bestande sind demnach 88,2 Proz. von der Kartellstatistik erfasst worden gegen 88,4 Proz. im Vorjahr und 91,4 Proz. im Jahre 1913. Von den Kartellen angeschlossenen Mitgliedern der Zentralverbände kommen auf den Metallarbeiterverband 235 604, den Fabrikarbeiterverband 73 120, den Bauarbeiterverband 60 329, den Holzarbeiterverband 60 321 und den Transportarbeiterverband 57 617 Mitglieder. Diese fünf Verbände umfassen zusammen über die Hälfte des gesamten Mitgliederbestandes der Kartelle. Den Kartellen, die im Jahre 1913 über 25 000 Mitglieder hatten, gehörten 1916 an: Berlin 138 901 (1913: 302 052), Hamburg 47 522 (148 338), Dresden 46 161 (95 629), Leipzig 32 059 (76 185), München 30 036 (63 594), Nürnberg 21 296 (55 723), Frankfurt a. M. 12 914 (43 807), Stuttgart 16 333 (43 483), Chemnitz 15 781 (42 403), Bremen 12 617 (37 311), Hannover 13 932 (37 311), Breslau 12 748 (31 732), Köln 3865 [unvollständig] (31 176), Magdeburg 15 025 (30 766) Mitglieder. 82 im Geltungsbereich der berichtenden Kartelle bestehende Zweigvereine der Zentralverbände gehörten den Kartellen nicht an.

Eine für die Arbeiter sehr wertvolle Einrichtung bilden die Arbeitersekretariate und Rechtsauskunftsstellen der Kartelle. Der Kriegszustand hat ihren Wert noch erhöht und es war deren Aufrechterhaltung unter allen Umständen trotz finanzieller Schwierigkeiten durchaus geboten. Soweit Kartelle bei stark vermindertem Mitgliederbestand nicht in der Lage waren, aus eigenen Mitteln Arbeitersekretariate aufrechtzuerhalten, hat die Generalkommission Zuschüsse bzw. Darlehen zur Unterhaltung dieser Einrichtungen geleistet. Insgesamt wurden von den Kartellen 113 Arbeitersekretariate unterhalten gegen 115 im Vorjahre. Die Zahl der Rechtsauskunftsstellen hat sich erheblich vermindert, da ein großer Mangel an Personen besteht, die genügend Kenntnis von der sozialpolitischen Gesetzgebung besitzen, um in Rechtsfreitlichen Auskunft und Beistand gewähren zu können. Von den 469 berichtenden Kartellen unterhielten nur 123 Rechtsauskunftsstellen.

Die agitatorische Tätigkeit der Kartelle ist während des Krieges fast völlig unterbrochen. Es wurden 410 allgemeine und 262 berufliche Versammlungen abgehalten. Die ersteren beschäftigten sich hauptsächlich mit Fragen der Lebensmittellieferung, ein Gebiet, das die Tätigkeit der Kartelle hervorragend in Anspruch nahm und sie vor schwierigen Aufgaben stellte. Die finanzielle Grundlage der Kartelle beruht in der Beitragsleistung der angeschlossenen Gewerkschaften, die in der Regel pro Jahr und Mitglied berechnet wird. Die Beitragsätze bewegen sich im allgemeinen zwischen 20 Pf. und 2,60 Mk. Ueber den Höchstfuß hinaus erheben Beiträge 6 Kartelle. Den höchsten Beitragsatz weist Nothof mit 6,80 Mk. auf. Es folgt Berningerode mit 5,20 Mk., Flensburg und Straßburg mit je 4,80 Mk., Lübeck mit 3,60 Mk. und Königsberg i. Pr. mit 3,40 Mk. Am häufigsten vertreten ist eine Beitragsleistung von 40 Pf., sie ist von 82 Kartellen festgesetzt.

Angaben über die Kassenverhältnisse machten von den 469 an der Berichterstattung beteiligten Kartellen nur 446. Diese hatten zusammen eine Gesamteinnahme von 1 084 282 Mk. und eine Gesamtausgabe von 1 137 530 Mk. Die Ausgabe überstieg die Einnahme um 53 248 Mk. Entsprechend dieser Mehrausgabe gingen die Kassenbestände dieser Kartelle von 654 652 Mk. am Schluß des Jahres 1915 auf 601 404 Mk. am Schluß des Jahres 1916 zurück. Von den Einnahmen entfallen 531 693 Mk. auf Bei-

träge und 552 589 Mf. auf sonstige Einnahmen. Unter den Ausgabeeposten steht die Ausgabe für Sekretariate und Rechtsauskunftsstellen mit 446 165 Mf. (1915: 448 277 Mf.) an erster Stelle. Diese Ausgabe hielt sich ungefähr in gleicher Höhe wie im Vorjahre. Der nächstgrößte Posten kommt dann auf Gewerkschaftshäuser und Versammlungssäle mit 165 296 Mf. (1915: 119 677). Für Herbergen und Arbeitsnachweise wurden 47 606 Mf. (38 006) verausgabt. Die Pflege der Bildungsbestrebungen (Bibliotheken, sonstige Bildungszwecke und Jugendbildung) erforderten eine Ausgabe von zusammen 120 756 Mf. (139 251). Die Verwaltungskosten betrugen 147 789 Mf. (180 906). Von 95 Kartellen wurden im Jahre 1916 zusammen zur Unterstützung von Familien der Kriegsteilnehmer und Arbeitslosen (Kriegsfürsorge) 32 025 Mf. aufgebracht.

Die seit dem Jahre 1901 aufgenommene Kartellstatistik weist, abgesehen von einigen ganz unbedeutenden Schwankungen, eine ständig steigende Finanzkraft der Kartelle auf. Den höchsten Stand nimmt das Jahr 1913 mit einer Einnahme von 2 143 101 Mark und einer Ausgabe von 2 145 049 Mf. ein. Diese Entwicklung beweist die ständig steigende Bedeutung der Kartelle im Rahmen der allgemeinen Gewerkschaftsbewegung. Der Kriegszustand hat darin nichts geändert. Gingen auch die Einnahmen bei dem erheblich reduzierten Mitgliederbestande in der absoluten Höhe stark zurück, so ist im Gegensatz dazu die Einnahme, pro Mitglied und Jahr berechnet, in den Kriegsjahren noch gestiegen. Für das Jahr 1916 beträgt dieser Satz 1,29 Mf. gegen 93 Pf. im Jahre 1913 und 61 Pf. im Jahre 1901. Diese Steigerung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Kartelle ist ein neuer Beweis dafür, daß selbst bei der langen Kriegsdauer, der wildesten Entfremdung menschlicher Persönlichkeit und der Lebenskraft der Gewerkschaftsbewegung nicht gebrochen werden konnte. Noch steht der Gewerkschaftsbewegung jedoch eine weitere recht schwere Prüfung bevor, wenn das entsetzliche Ringen der Nationen beendet und mit dem Wiederaufbau des zerstörten und Niedergedretenen begonnen werden muß. Eine Aufgabe, deren endliche, baldige Inangriffnahme alle fühlenden Menschen innigst herbeisehnen, obschon sie harte Ansprüche an ausdauernde Arbeit an die Völker stellen wird. An diesem Friedenswerk werden die Gewerkschaften hervorragend beteiligt sein und den Kartellen wird dabei ein wesentlicher Teil der Tätigkeit zufallen. Ihre Aufgabe ist, die Sammlung der Kräfte an den einzelnen Orten zu einem zielbewußten, planmäßigen Handeln zusammenzufassen. Die Erfüllung dieser Aufgabe bedeutet die Mitarbeit der Kartelle an den Grundlagen zum machtvollen Aufstieg der Arbeiterklasse.

**Rundschau.**

**Zur Abänderung des Hilfsdienstgesetzes.** Offenbar wird an einer Novelle zum Hilfsdienstgesetz gearbeitet; aber in welcher Weise es reformiert werden soll, darüber ist noch ein dichter Schleier des Geheimnisses gebreitet. In Lüftel in der „Deutschen Arbeiterzeitung“ ein Dr. jur. Meißner ein wenig, indem er ungeschminkt verlangt, daß alle Arbeiter bestraft werden sollen, welche ungerechtfertigterweise die Arbeit verlassen. Der Gesetzgeber habe es leider unterlassen, „den Austritt ohne Abkehrschein unter Strafe zu stellen“. Selbst wenn der Arbeiter die Arbeit gegen den ausdrücklichen Willen des Schlichtungsausschusses verlasse, bleibe er straffrei. Dr. Meißner gibt selbst zu, daß die von ihm konstruierten Fälle unter den Millionen täglicher Arbeitsstunden eine seltene Ausnahme seien. Trotzdem beharrt er auf der Forderung exemplarischen Eingreifens; denn man soll „endlich die unwürdige Halbheit aufgeben und durch wirksame Strafandrohungen verhindern, daß ein Gesetz mit so großen Zielen durch jeden, dem es nicht mehr paßt, als nichtbestehend betrachtet werden kann“. Das klingt etwas anders, als die Versicherung des Geheimrat Duisberg, daß die Unternehmer nichts anderes wollten als die Wiederherstellung der vollen Freizügigkeit. Man wird nun abwarten müssen, wie sich das Kriegsamt dazu stellt. Sein neuer Leiter, General Scheuch, hat ja Preß- und Gewerkschaftsvertretern erklärt, daß er kein anderes Programm und keine anderen Aufträge habe als die, nach denen Gröner gearbeitet hat, und Gröner hatte ja erkannt, daß er nur mit der organisierten Arbeiterschaft, mit den Gewerkschaften arbeiten könne. Hoffentlich geht seinem Nachfolger diese Erkenntnis nicht verloren. Es wäre zu seinem eigenen Schaden und dem des Reiches.

Die Kriegswunderer sitzen nicht in der Arbeiterklasse. Unermülich diskutierte die Unternehmerpresse den „Abbau der Löhne nach dem Krieg“, und uner-mülich versichert sie, daß die allgemeine Teuerung in der Kriegszeit auf das angeblich ungeheure Anwachsen der Arbeiterlöhne zurückzuführen sei. Da kommt es ihr nun sehr in die Quere, daß das weit rechtsstehende Pastorenblatt, der „Reichsbote“, sich von einem Herrn Küffer nachweisen läßt, daß nach den amtlichen Feststellungen die Lohnsteigerung im

Sommerhalbjahr 1916 nur 46 Proz. betrug, während die Lebensmittelpreise viel stärker in die Höhe gegangen seien. Nach eigenen Beobachtungen teilt Küffer mit, daß noch im Juni d. J. in einer Munitionsfabrik bei Berlin ungelernete Arbeiter 65 bis 75 Pf. Stundenlohn und männliche Bahnarbeiter in der Provinz gar nur 35 Pf. für die Stunde erhielten. Die Lebensmittelteuerung von Kriegsausbruch bis März 1917 habe aber 95,7 Proz. betragen. Der „Reichsbote“ zieht daraus mit vollem Recht die Schlussfolgerung, daß Kriegswucher und Kriegsgewinne in anderen Kreisen zu suchen seien als bei den Arbeitern. — Recht verlegen erwidert die „Deutsche Arbeiterzeitung“, daß 75 Pf. Stundenlohn für einen ungelerneten Arbeiter auch unter den heutigen Verhältnissen noch genug sei. Aber mit diesem Verdienst kann sich ja ein Berliner Arbeiter nicht einmal die rationierten Lebensmittel kaufen. Oder glaubt die „Deutsche Arbeiterzeitung“ etwa, daß ungelernete Arbeiter weniger Hunger haben?

**Bekanntmachung des Zentralvorstandes.**

An die Ortsverwaltungen!

Das Abrechnungsmaterial für das 3. Vierteljahr 1917 und die gelbe Karte für Arbeitslosenaufnahme sind in den letzten Tagen an die Adressen der örtlichen Kassierer abgegangen.

Die Abrechnung und die Gelder sind spätestens bis zum 15. Oktober, die gelbe Karte bis zum 8. Oktober einzulenden.

**Adressenänderungen.**

Düsseldorf. K.: M. Schönteucht, Flurstr. 36 II.  
Erlangen. B.: K. Friedrich, Ringstr. 29.

**Briefkasten der Redaktion.**

Antwort an mehrere Fragesteller. Den laut Nachtrag 13 ab 1. September 1917 zu zahlenden Teuerungszuschlag von 30, 35 bzw. 40 Pf. die Stunde haben alle Stücklohnarbeiter, gleichgültig, ob sie gelernte Sattler oder berufsremd sind, zu verlangen. Ausschlaggebend ist, daß sie auf Ausrüstungsstücke

irgendwelcher Art gegen Stücklohn arbeiten. Im Ausrüstungsgewerbe auf Zeitlohn beschäftigte Sattler, Portefeuller, Schuhmacher, Tapezierer und Buchbinder erhalten den gleichen Teuerungszuschlag. Arbeiterinnen über 17 Jahre alt, gleichgültig, ob sie als Zuschneiderinnen, Stepperinnen, auf Stücklohn mit Nadel oder Nhl, oder als Hilfsarbeiterinnen beschäftigt werden, haben den Teuerungszuschlag von 17, 20 bzw. 23 Pf., je nach dem Familienstand, zu verlangen.

**Sterbetafel.**

Obn. Gestorben ist unser Mitglied Karl Brandes im Alter von 69 Jahren.  
Ehre seinem Andenken.

**Sattler**

auf Tornister für sofort suchen  
**Lohmann-Werke A.-G.,**  
Bielefeld.

**Sattler**

auf Tornister und Geschirre gesucht.  
**C. Leschen & Co.,** Fabrik f. Militär-  
Köln-Nippes, Geldernstraße 46.  
Leberausrüstung

**Tüchtige Sattler**

auf Sattelkissen, Geschirre usw. stellen ein  
**Edmund Boehm & Co.,** Berlin,  
Hausvogteiplatz 12, 8. Hof.

**Erste Zuschneider und Stanzer**

stellt ein die Lederzuschneidestelle

**Hermann Kaufmann, Berlin,**  
Schwedter Straße 9.

Nur schriftliche Meldungen mit Angabe der bisherigen Tätigkeit erbeten.

**Geschirrsattler,**  
**Tornisterbauer, Koffermacher**  
verlangt  
**L. Prager, Berlin, Magazinstr. 15/16.**

**Leder-Zuschneidestelle Bielefeld**

sucht zum Antritt im Monat Oktober tüchtige, selbständig arbeitende

**Zuschneider und Stanzer**

für alle Arten Leberausrüstungsstücke. Es können vorläufig nur schriftliche Meldungen mit genauer Angabe der bisherigen Tätigkeit entgegengenommen werden.

Zuschneidestelle der Leder-Industrie Bielefeld, G. m. b. H., Bielefeld,  
Königstraße 56.

**Deutsches Vulkanfibre**  
(oder Ersatz) in Platten von ca. 1 Millimeter Stärke, in großen Mengen für Heereszwecke sucht  
**Dampfsägewerk Oberkaufungen b. Cassel.**